

„Linksextremismus ist die größte Gefahr“

Von 2012 bis 2018 war Hans-Georg Maaßen Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz. FREILICH sprach mit ihm über die Gefahren des Linksextremismus, den Umgang der Leitmedien und die Deutschfeindlichkeit bei Rot-Grün.

INTERVIEW: BERND KALLINA

FREILICH: Beginnen wir unser Interview zum Thema „Linksextremismus“ mit einem Leitzitat. Es stammt von Gerhard Szczesny, dem Mitbegründer der Anfang 1960 ins Leben gerufenen „Humanistischen Aktion“, einer frühen linksliberalen Bürgerinitiative der „alten“ Bundesrepublik Deutschland. Es lautet: „Die Geschichte des Abendlandes ist gekennzeichnet vom Wirken eines realitätsfremd und realitätsfeindlich eingestellten Geistes, der in sich selbst befangen, utopischen Welt- und Gesellschaftsmodellen nachjagt ... Die wirkliche und akute Gefahr des linken Radikalismus liegt in dem intellektuell-emotionalen Sog, den er seit den Tagen der Französischen Revolution auf die politisch engagierten Intellektuellen, die Studenten und die große Masse von Halbgebildeten aus allen Schichten ausübt. Er entzieht damit einen quantitativ nicht unerheblichen und

qualitativ wesentlichen Teil der Intelligenz der produktiven Teilnahme am politischen Leben.“ Herr Dr. Maaßen, wie finden Sie diese historische Einordnung des linken Radikalismus?

Hans-Georg Maaßen: Sehr treffend und insofern zustimmungsfähig! Ich habe im Zusammenhang mit utopischen Weltbildern nämlich die Erfahrung gemacht, dass der Realitätssinn der normalen Bevölkerung, also der einfachen Menschen, ausgeprägter ist als der vieler Intellektueller. Viele Geisteswissenschaftler, auch meine juristische Zunft gehört dazu, haben sich schon vor der Französischen Revolution in einer ganz negativen Entwicklung verfangen. Sie machten sich oft die Naturwissenschaften in einer konstruktivistischen Art zum Vorbild.

Was meinen Sie mit „konstruktivistischer Art“?

Man versuchte seitens der Geisteswissenschaften, naturwissenschaftliche Methoden eins zu eins zu übernehmen

Früher oberster Verfassungsschützer, jetzt Vorsitzender der Werteunion.

Foto: Fischer

„Der Linksextremismus stellt für mich derzeit die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft dar.“

und glaubte, damit Menschen und Gesellschaften nicht nur konstruktivistisch abzubilden, sondern auch zu gestalten. Das hat zur Entwicklung irrsinniger Ideologien geführt. Die erste Blüte dieser realitätsfremden Ideologien führte zur blutigen Französischen Revolution, danach folgten ähnliche konstruktivistische „Ismen“, wie Kommunismus und Nationalsozialismus.

Und heute?

Da registriere ich verhängnisvolle Irrwege in einen Öko-Sozialismus, der letztendlich auch nichts anderes darstellt als eine Folge dieser konstruktivistischen Entwicklung seit der Französischen Revolution, wo Leute ernsthaft davon ausgehen, sie könnten die Gesellschaft am Grünen Tisch beliebig gestalten.

Von der Vergangenheit zur Gegenwart. Ihr Nachfolger im Amt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang (CDU), hat im Juni bei der Vorstellung des aktuellen Verfassungsschutzberichts im Gleichklang mit der Innenministerin Nancy Faeser (SPD) festgestellt, dass die größte Gefahr in Deutschland eindeutig vom Rechtsextremismus ausgehe. Das könnte historisch so gedeutet werden, dass unser Land sich im Vorfeld eines neuen 1933 befindet. Teilen Sie diese Auffassung?

Nein! Die Tatsachenlage, die man in diesem Bericht nachlesen kann, begründet die Aussage der Innenministerin Faeser jedenfalls nicht, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland ist. Ich

nehme das deutlich anders wahr! Für mich stellt der Linksextremismus derzeit die größte Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar und zwar deswegen, weil der Linksextremismus in den letzten Jahrzehnten die gesellschaftlichen Institutionen äußerst erfolgreich infiltriert hat und bis ins höchste Ämter Unterstützung und Sympathie findet. Er hat einflussreiche Persönlichkeiten auf seiner Seite, die mit beiden Augen wegschauen, wenn es linksextremistische Straftaten gibt.

Warum wird die linksextreme Gefährdungsquelle im besagten Bericht zwar erwähnt, aber nachrangig behandelt?

Die Nachrangigkeit erfolgt aus rein politischen Gründen! Wir haben ja vor einigen Wochen die Verurteilung der äußerst gewalttätigen „Hammerbande“ der Antifa in Dresden zur Kenntnis nehmen müssen, deren brutale Rädelsführerin zu über fünf Jahren Haft verteilt wurde, doch die Politik hat darauf so gut wie gar nicht reagiert. Man stelle sich vor, es wäre nicht die Antifa gewesen, sondern Rechtsextremisten, dann wäre die Republik außer Rand und Band. Ich will damit sagen, die Gefahren von rechts werden von der politischen Linken, gerade auch von der Linken in der Ampel-Koalition, vorsätzlich überzeichnet und die Gefahren von links ganz bewusst kleingeredet oder totgeschwiegen.

Wobei bei der Dramatisierung der rechten Gefahr unsere Leitmedien, in erster Linie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, eine zentrale Rolle spielen, wie kritische Beobachter seit langem immer wieder feststellen, zu Recht?

Zweifellos! Unsere Leitmedien, aber auch generell die gesamte Medienlandschaft in Deutschland, berichten längst nicht mehr objektiv, oder wenigstens um Objektivität bemüht, wie dies in früheren Jahren oftmals der Fall war. Inzwischen sind sie sehr parteiisch zu Gunsten der Linken geworden, was unter anderem daran liegt, dass der überwiegende Teil der Politik-Redakteure, gerade auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, eindeutig bei grün und links zu verorten sind. Das ist durch Umfragen inzwischen eindeutig belegt und wer die Programme verfolgt, kann es lesen, hören oder sehen. Die Damen und Herren in den Zeitungs- und Rundfunkhäusern haben gar nicht mehr den Willen zur fairen Berichterstattung bzw. ihr Publikum unparteiisch zu informieren, sondern sie verstehen sich als politische Aktivisten und treten als sogenannte „Haltungsjournalisten“ auf. Die Folge: In ihren Beiträgen zum Extremismus werden Handlungen vom rechten Rand völlig überzeichnet und die von Linksextremisten an den Rand gedrängt. Eine fatale Fehlentwicklung!

Sie widerspricht damit aber den staatsvertraglichen Verpflichtungen: Die Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hätten nämlich ausgewogen zu sein, es sollten Einseitigkeiten vermieden und außerdem alle relevanten Strömungen in der Bevölkerung berücksichtigt werden. Nehmen denn die Rundfunkräte in den Kontrollorganen, in denen ja auch zum Beispiel zahlreiche CDU-Vertreter sitzen, ihre Kritik- und Mahnfunktion nicht genügend wahr?

Ich unterstreiche den Befund, dass entgegen dem Medienstaatsvertrag die

Foto: IMAGO / Jacob Schröder



2021 trat Maaßen für die CDU zur Bundestagswahl an, konnte in seinem Wahlkreis allerdings kein Direktmandat holen und verpasste deshalb den Einzug ins Parlament.

öffentlich-rechtlichen Medien ihrem gesetzlichen Auftrag, wahrhaftig und in aller Breite zu berichten und zu kommentieren, nicht mehr nachkommen. Leider sieht der Medienstaatsvertrag, genauso wie die Medien- oder Rundfunkgesetze der Länder, keine Sanktionsregelungen vor, wonach Verstöße dagegen auch Folgen für die Intendanten und Chefredakteure hätten. Normalerweise werden derartige Verpflichtungen auch neben-straftrechtlich geregelt. So etwas gibt es jedoch in unserem Rundfunksystem nicht und wo kein Kläger, da kein Richter, und wenn keine Strafrechtsnorm gegeben ist, dann setzen sich die Leute einfach darüber hinweg.

Was Sie mit Blick auf die CDU in den Rundfunkräten ansprechen, erfordert einen klaren Blick auf die Lage der Union: Sie hat sich unter Frau Merkel zu einer linken Partei verändert, sie hat das politische Koordinatensystem

eindeutig nach links verschoben. Ihr ist sogar der Kunstgriff gelungen, sich zur Verkörperung der „Mitte“ zu stilisieren, auch wenn sie eine weitgehende Sozialdemokratisierung ihrer Partei vorangetrieben hat. Die „Merkelianer“ in den Rundfunk- und Verwaltungsräten haben diese Politik der Medien in Teilen mitgemacht oder zumindest geduldet.

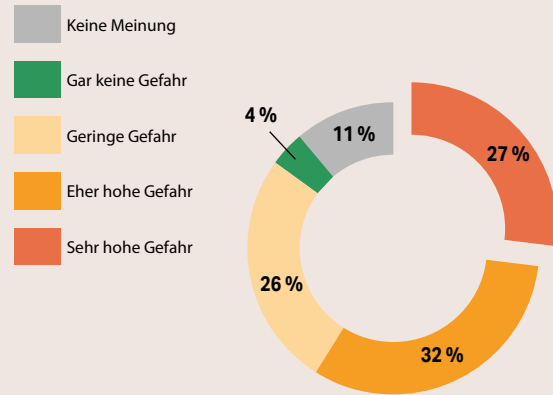
Lassen Sie mich auf ein Detail im überhöhten „Kampf gegen rechts“ zu sprechen kommen. Ich meine die Kapitel „Statistik und Gesetzgebung“ als Waffe. Denn die Hervorhebung rechtsextremistischer Straftaten hat auch etwas mit gesetzlichen Bestimmungen zu tun. Während eine statistisch sehr hohe Anzahl rechtsextremer Vorkommnisse reine Propagandadelikte sind, zum Beispiel das Aufzeichnen von Hakenkreuzen

oder die jüngst skandalisierte Parole „Alles für Deutschland“, gibt es diesen Straftatbestand im linksextremen Bereich überhaupt nicht. Wer die „Internationale“ singt oder mit „Hammer und Sichel“-Fahnen durchs Brandenburger Tor marschiert, kann das unbehelligt tun. Rührt nicht auch daher die verzerrte Wahrnehmung von Extremismuspotenzialen?

Das ist vom Befund her leider zutreffend. Ihre Frage müsste man natürlich an die damals handelnden Politiker von CDU und FDP stellen.

Ich würde sie aus meiner Perspektive so beantworten, dass die bürgerlichen Politiker, die Konservativen, die es damals noch gegeben hat, diesen Sachverhalt entweder nicht ernst genommen haben, was das für Auswirkungen hat, wenn man nur rechte Propagandadelikte pönalisiert und zählt. Und hinzu kommt, dass sie vielleicht auch

Wie sehr ist Linksextremismus eine Gefahr für Deutschland?



Quelle: YouGov / Deutschen Presse-Agentur

Inwiefern, wenn überhaupt, fühlen Sie sich persönlich aktuell in Deutschland durch folgende Formen des Extremismus bedroht?

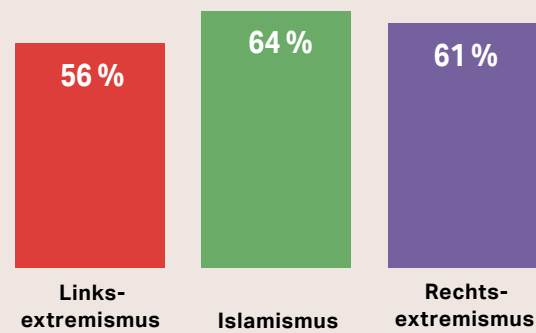


Foto: Metropolico



Die radikale Linke würde Deutschland am liebsten sofort abschaffen.

„Der Rassismus gegen Weiße und Deutsche, kurz gegen das ‚Eigene‘, ist eine sehr deutsche Spezialität.“

einfach zu naiv waren und nicht gemerkt haben, dass sich unser Land in die falsche Richtung entwickelt.

Das ist schon mehr als verwunderlich, wenn man nämlich einen Blick ins Lexikon der Völkermorde wirft, herausgegeben vom renommierten Soziologie-Professor Gunnar Heinsöhn. Dort kann jeder unter dem Stichwort „Marxismus-Leninismus“ lesen, Zitat: „Unter keiner Weltanschauung wurden in der Menschheitsgeschichte größere Megatötungen vollzogen als unter Regierungen, die sich dem Marxismus bzw. dem wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlten.“ Trotzdem ist die geschichtspolitische Negativfixierung in Deutschland seit Jahrzehnten einseitig auf die NS-Vergangenheit beschränkt. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Lassen Sie mich dem Phänomen durch folgende Klarstellung nähern: Das Gegenstück zur politisch radikalen Linken und zum Linksextremismus ist nicht der Nationalsozialismus, sind nicht die Nazis und sind auch nicht die Faschisten. Das Gegenstück zum politischen Linksextremismus ist die freiheitliche Gesellschaft. Der Nationalsozialismus ist aber nichts anderes

als der hässliche Bruder des Sozialismus. Es sind ähnliche, ja verwandte totalitäre Ideologien. Beide richten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen das Bürgertum, gegen das selbstbestimmte Leben.

Was musste eine Partei wie die NSDAP noch tun, um die Wesensverwandtschaft zum Sozialismus auch semantisch zu dokumentieren: Sie hat sich sozialistische Arbeiterpartei genannt. Sie war, wie der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek einmal trefflich feststellte, Fleisch vom Fleisch des Sozialismus.

Und das Gegenmodell zu diesen Totalitarismen ist die freiheitliche Gesellschaft, in der der Mensch ein selbstbestimmtes Leben führen kann und nicht möchte, dass der Staat bestimmt, wie er zu leben hat, wen er heiraten darf, was man essen darf und wie er sich fortbewegen soll. Den Sozialisten ist es allerdings schon unter Stalin gelungen, mit dem Ausdruck „Faschismus“, das Bürgertum und den Nationalsozialismus in einen Topf zu werfen, was natürlich aus historischer Sicht eine ungeheuerliche Geschichtsverfälschung darstellt. Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden: Die Nationalsozialisten waren die konkurrierenden hässlichen Geschwister der Sozialisten.

„Wer in seiner Jugend kein Kommunist war, aus dem wird nie ein anständiger Sozialdemokrat“, so Willy Brandt zu dem sozialpsychologisch leicht erklärbaren Zusammenhang, dass politisierte Jugendliche immer zu einem gewissen Überschwang neigen, sich radikaler positionieren. Seltsamer Weise wird in unserer gesellschaftlichen Extremismuskommunikation diese jugendliche Neigung nur im linken Bereich mit Verständnis quittiert. Rechte Politiker werden oftmals mit Hinweisen abgeschossen, dass sie vor Jahrzehnten einmal zu Besuch in einem völkischen Jugendlager waren. Denen billigt man einen Reifeprozess generell nicht zu. Auch hier das alte Erklärungsschema, Herr Maaßen, zweierlei Maß?

Ja, erneut und immer wieder zweierlei Maß aus politischen Gründen. Natürlich, junge Menschen sind leicht verführbar, sind schneller emotionalisierbar und zu radikalisieren. Auf Seiten der politischen Linken werden solche Tatsachen in späteren Jahren dann als längst verjährte „Jugendsünden“ abgetan, man schaut mit beiden Augen gerne weg. Anders bei den „Rechten“. Bei ihnen ist – im Grunde genommen – kein Heilungsprozess denkbar. Wer

einmal im jugendlichen Alter von 18 Jahren sich im völkischen Jugendlager aufhielt, wie Sie erwähnten, bleibt lebenslang ein Nazi!

Aber man darf auch eines nicht vergessen: Wenn es keinen Entwicklungsbruch in der Biografie eines Menschen gibt, ist es nicht zwangsläufig so, dass sich mit dem Alter der jugendliche Extremismus auswächst. Gewiss, Menschen können sich auf Grund eigener Erfahrung und mit neuen Beziehungen in langen Jahren verändern, aber viele Menschen bleiben gleich bzw. sind stehengeblieben und das muss man gerade bei der politischen Linken feststellen. Die Tatsache, dass jemand als Maoist startete und dann bei den Grünen mit Anzug mit Krawatte gelandet ist, bedeutet nicht zwingend, dass er seine radikale Jugend-Ideologie aufgegeben hat. Nein, wenn kein wirklicher Entwicklungsbruch vorlag, kann oder muss davon ausgegangen werden, dass das alte Denken im neuen Gewand weiter herumgeschleppt wird.

An welche Persönlichkeiten denken Sie dabei?

Ich denke da zum Beispiel an den von Friedrich Merz noch kürzlich beim kleinen Parteitag der CDU empfangenen Ralf Fücks, der jetzt als Chef des Think-Tanks „Liberale Moderne“

fungiert und ursprünglich vom „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ kam, also ein Maoist war und dann zu den Grünen ging und anschließend bei der Heinrich-Böll-Stiftung landete. Ich will nicht unterstellen, dass er sich nicht verändert hat, das muss man jedem Menschen zubilligen, aber wenn es keinen wirklichen Bruch in der Biografie gegeben hat, ist das für mich nicht überzeugend, dass es zu einer konsequenten Abkehr von den ursprünglichen Einstellungen kam.

Aber bedeutet sein Auftritt beim CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz nicht noch etwas ganz anderes? Die strategische Hinwendung der CDU zum grünen Koalitionspartner auf Bundesebene, sehr zum Unmut eines großen Teils von Mitgliedern und Wählern der Unionsparteien, die mit der Habeck-Baerbock-Partei überhaupt nicht zu tun haben wollen?

Das ist leider so! Die CDU unter Führung von Merz hat wiederholt und unmissverständlich gesagt, es werde keine Zusammenarbeit, nicht einmal Gespräche, mit der AfD geben. Ich habe im Zusammenhang mit dem Wahlerfolg des „Bündnisses für Deutschland“ bzw. der Formation „Bürger in Wut“ in Bremen darüber hinaus zur Kenntnis

genommen, dass auch die CDU mit dieser neuen Partei nicht reden will bzw. zusammenarbeiten will. Das bedeutet aber, dass die CDU, wenn sie nicht, was derzeit abwegig erscheint, die absolute Mehrheit bekommt, nur mit Linksparteien und hierbei vorzugsweise mit den Grünen koalieren könnte.

Aus meiner Perspektive, das sage ich auch als Vorsitzender der „Werteunion“, ist aber eine Koalition mit den Grünen völlig inakzeptabel, da deren Positionen konträr zu den Werten von CDU und CSU stehen. Ich kann mir diesen schwarz-grünen Schmusekurs nur so erklären, dass es manchen Parteifunktionären wichtiger ist, eine Funktion in der Regierung zu haben und nicht in der Opposition zu sein, als die Grundwerte von CDU und CSU durchzusetzen.

Wie sehen Sie Zusammenhänge von Linksradikalismus und Deutschfeindlichkeit? Claudia Roths Parole vor der sich anbahnenden Wiedervereinigung lautete ja nicht im Sinne der DDR-Bürgerrechtler „Wir sind das/ein Volk“, sondern: „Nie wieder Deutschland!“, grüne Jugendliche urinieren auf deutsche Nationalfarben, Antifa-Gruppen in Dresden verstören mit der Parole „Bomber Harris



Nach dem Urteil im „Hammerbände“-Prozess hatte die Polizei im Zuge der linksextremen „Tag X“-Proteste alle Hände voll zu tun.

do it again!“, der zeitgenössische Vizekanzler Habeck konnte nach eigenen Aussagen „noch nie etwas mit Deutschland anfangen und fand Vaterlandsliebe stets zum Kotzen“. Die Beispiele ließen sich hundertfach fortsetzen. Woher kommen diese Selbstaggressionen, die vom Kölner Soziologen Erwin Scheuch einmal als „Rassismus nach innen“ charakterisiert wurden? In anderen Ländern kennt man diesen Selbsthass gegen die eigene Nation nicht, warum bei uns?

Das ist in der Tat eine sehr deutsche Spezialität, dieser Rassismus gegen Weiße und Deutsche, kurz, gegen das „Eigene“! Die antideutsche Bewegung bildet mittlerweile einen starken Block in der linksextremen Landschaft, teilweise agiert er auch gewalttätig. Diese geschichtspolitisch bedingte Selbstverneinung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Schuldgefühle und

Komplexe im Zusammenhang mit der Vergangenheitsbewältigung des Dritten Reiches sich radikalisiert haben. Aus meiner – sagen wir „küchenpsychologischen“ Wahrnehmung – haben wir es hierbei oftmals mit unfertigen Charakteren zu tun, die ihre Selbstwertgefühle und das Selbstbewusstsein daraus ziehen, dass sie diese Aufarbeitung in einer Extremform betreiben. Das Ergebnis halte ich für eine enorme Gefahr für unsere Gesellschaftsordnung, weil wir es hier nicht mehr mit einem Bodensatz des Linksextremismus zu tun haben, sondern – wie Sie ja beispielhaft belegt haben – gehören auch führende Personen im Bereich der Partei der Grünen und – ich mutmaße – auch der SPD zu den sogenannten Antideutschen oder sie verhalten sich wie die Antideutschen. Und wie reagiert das deutsche Bürgertum, die vielzitierte Mitte, auf diesen „Rassismus nach innen“? Es hält die Augen in der irrigen Annahme

geschlossen, dass es sich bei dem anti-deutschen Personenkreis um nur einige Verrückte handeln müsste, weil normal denkende Menschen diese Einstellung nicht für möglich halten. Welch Irrtum! Fakt ist, dass es diesen relevanten Extremismus in Deutschland gibt und er schadet unserem Land und damit dem deutschen Volk massiv.

Von der Deutscheindlichkeit zum Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit von links. Trügt der Eindruck, dass auch dieses Phänomen von der Öffentlichkeit nicht vertiefend beleuchtet wird? Von Michael Wolffsohn gibt es ja einen interessanten Erklärungsansatz, dass zum Beispiel die Israelfeindlichkeit deutscher Linker vor allem daher rührt, weil ein Großteil von ihnen mit der Nationalstaatlichkeit an sich nichts anfangen kann. Man fühlt sich in diesen Kreisen eher als

„Die Aktionen der Klima-Sekte sind für mich ein klarer Akt der Nötigung und ein Fall für den Verfassungsschutz.“

„Weltbürger“, denkt und handelt nicht national sondern internationalistisch. Stimmen Sie zu?

Es ist tatsächlich so, dass der deutsche Linksextremismus sich in Teilen antisemitisch äußert und auch gegen Israel eingestellt ist. Allerdings unterscheidet er sich dabei von rechtsextremen Antisemitismus-Varianten. Bleiben wir aber jetzt im linken Lager. Ich glaube, dass Professor Michael Wolffsohn, dessen Analysen ich regelmäßig verfolge und sehr schätze, in diesem Punkt Recht hat. Die politische Linke kann bei uns mit Nationen an sich und mit Nationalgefühl überhaupt nichts anfangen. Nationale Symbole, selbst die Farben unserer Demokratie Schwarz-Rot-Gold oder unsere Hymne sind unseren Linken ein Gräuel. Für sie ist jedes Volk suspekt, das Wert darauf legt, als eine möglichst homogene Ethnie zu leben, basierend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es steht der eigenen internationalistischen Ideologie entgegen und wird deswegen auch vehement bekämpft.

Noch ein anderes Themenfeld radikal-linker Ideologeme verdient Beachtung: Gemeint ist die etwas naive Vorstellung, eine immer

multikultureller werdende Gesellschaft sei ohne schwere Konflikte zu gestalten und insofern die unkontrollierte Massenmigration in unser Land zu begrüßen, ja zu fördern. Kritiker der Linken bescheinigen diesen wegen solcher Vorstellungen eine besondere Lageblindheit. Was meinen Sie? Für mich ist das nur in Teilen Naivität oder realitätsfremde Gutgläubigkeit. Mit Sicherheit gibt es die auch auf der politischen Linken, aber eher bei deren

Fußvolk. Also Gläubige, die wirklich der Vorstellung anhängen, dass ein multikultureller Staat funktioniert und die Zukunft zwangsläufig so sein muss oder soll. Ich glaube aber nicht, dass die Führungskader der politischen Linken so ticken und meine eher, dass die politische Linke es darauf anlegt, eine politische Transformation unseres bürgerlich-freiheitlichen Gemeinwesens durchzuführen und dazu ist es notwendig, dass alle bestehenden bürgerlichen Strukturen zerstört werden. Wie bei Mao und Pol Pot geht es dabei um die Zerstörung der Familie, die Zerstörung der Religion, die Zerstörung der bürgerlichen Kultur und – was ganz zentral erscheint – zusätzlich die Zerstörung des ethnischen Zusammenhalts. Und deswegen ist es ein probates Mittel zum Anschlag auf unsere bürgerliche Kultur auch die Zerstörung des nationalen Zusammenhalts durch die Ansiedlung kulturfremder Migranten zu fördern. Dahinter steht das Ziel der Erschaffung einer neuen ökosozialistischen totalitären Diktatur, in der ein neuer Mensch geschaffen werden soll, was wiederum der alten klassischen maoistischen Doktrin entspricht.

Der sonst meist öffentlich heruntergespielte Linksextremismus gewann vor einigen Wochen durch den Fall der von Ihnen schon eingangs erwähnten gewalttätigen „Hammerbände“ in Sachsen vergleichsweise höhere Aufmerksamkeit, zumindest kurzfristig. Nach 99 Prozesstagen erging am Oberlandesgericht Dresden das Urteil gegen die Linksextremistin Lina E. und drei ihrer Komplizen. Die Gruppe fiel durch die Anwendung von menschenverachtender

Brutalgewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Neonazis auf. Ihre Opfer wurden mit Hämmern und anderen Schlagwerkzeugen attackiert und dabei der Tod der Geschädigten billigend in Kauf genommen, schwerste Verletzungen mit teils lebenslangen Betreuungsfolgen ebenfalls. Wie haben Sie den Fall verfolgt?

Mir war aufgefallen, dass über diesen Prozess in den deutschen Medien so gut wie gar nichts berichtet wurde. Das Verfahren beim Oberlandesgericht Dresden hatte sich über ein Jahr hingezogen, es gab viele Zeugenvernehmungen und einen Kronzeugen sowie jede Menge von Statements der Staatsanwaltschaft, aber ein angemessenes Medienecho unterblieb. Man konnte zwar aus sozialen Netzwerken und aus alternativen Medien Informationen über das Verfahren erhalten, aber nicht aus dem Mainstream.

Mein Eindruck war, dass erst mit dem Urteilsspruch über langjährige Haftstrafen die politische Linke in den Redaktionen in die Offensive ging. Sie hat das Thema dann angepackt, aber zugleich wieder kleingeredet und unter den Teppich gekehrt ...

... Oder das Urteil im Sinne der Linksextremisten kritisiert. So bezeichnete zum Beispiel der Bundesvorsitzende der Grünen Jugend, Timon Dzienus, das Urteil als „völlig übertrieben“.

Es gab auch groß angelegte Demonstrationen zugunsten von Frau E. und sie ist ja mit den Komplizen auf freien Fuß gesetzt worden, hat sogar Haftschonung erhalten. Das sind alles Begleitumstände, die für normale Bürger nicht mehr nachvollziehbar und verständlich sind.



Hans-Georg Maaßen (li.) im Gespräch mit Johannes Hübner (re.).

Foto: Harald Artner

WIE GEFÄHRDET IST DIE DEMOKRATIE?

Am 28. Juni 2023 lud das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) gemeinsam mit dem FPÖ-Parlamentsklub und der Freiheitlichen Akademie Wien zur Enquete „Wie gefährdet ist die freiheitliche Demokratie in Deutschland?“ mit Hans-Georg Maaßen ins Palais Epstein in Wien ein. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Präsidenten der Freiheitlichen Akademie Wien, Johannes Hübner. Einleitende Worte zum Thema fand der FPÖ-Abgeordnete Axel Kassegger, Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts.

Bekleben, behindern, beschmieren: Viele Aktionen der „Letzten Generation“, die wir zurzeit in Deutschland überall erleben, sind zwar strafrechtsrelevante Fälle. Doch sie seien nicht extremistisch, erklärt der amtierende Verfassungsschutzpräsident. Was dann? Ich teile seine Einschätzung nur insoweit, dass nicht jede strafbare Handlung dazu führt, dass der Täter als Extremist zu bezeichnen ist. Nur: Wenn eine politische Motivation hinter diesen Straftaten steht und dahingehende, dass man ein anderes Staatswesen möchte – und so wird es ja gesagt – nach dem Motto „Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben wir keine Zeit, wenn es um den Klimaschutz geht“, dann handelt es sich durchaus um eine extremistische Bestrebung, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden muss.

Und ich betrachte es auch nicht als Hilferuf in Richtung Politik, wenn sich

Menschen auf den Straßen festkleben und den Verkehr blockieren. Für mich sind das Nötigungen von Verfassungsorganen. Es wird bei diesen Aktionen nichts anderes gemacht, als der Bundesregierung und dem Bundestag zu drohen, dass der deutsche Straßen- und Flugverkehr im Chaos versinkt, wenn die Forderungen dieser Klimasekte nicht erfüllt werden. Das ist für mich ein klarer Fall von Nötigung, die man nicht nur von strafrechtlicher Seite ernst nehmen muss, sondern auch seitens der Verfassungsschutzbehörden.

Relativierende Schutzbehauptungen gegenüber gewalttätigen Extremisten kennen wir schon aus der alten Bundesrepublik. So nahm der spätere Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll 1972 die RAF-Terroristen als „verzweifelte Theoretiker“ in Schutz. Diese gesinnungsethisch-hehre Pro-

grammatik sollte Gesetzesbrüche unterschiedlicher Schweregrade irgendwie entschuldigen. Ein bekanntes Schema also, oder?

In der Tat! Das ist das gleiche Relativierungsschema, das gerade von der politischen Linken immer wieder verwendet wird. Motto: Eigentlich wollen die Leute das Richtige, aber sie schießen halt übers Ziel hinaus. Man bittet um Verständnis auch dort, wo Grenzen zum Strafrecht eindeutig überschritten werden. Da habe ich aber kein Verständnis!

Vielen Dank für das Gespräch!

Zur Person



Foto: Fischer

Sehnsucht nach der alten BRD?

Hans-Georg Maaßen ist mit seiner Kritik am „Ökosozialismus“, der unkontrollierten Masseneinwanderung und dem Rassismus gegen Weiße zu einem Feindbild der etablierten Medien geworden.

Zeit Online nannte ihn „Wutbürokrat“, die *taz* einen „Rechtsaußen“. Dabei begann der am 24. November 1962 in Mönchengladbach geborene Maaßen seine politische Karriere ganz unscheinbar in der CDU, der er 1978 während seiner Schulzeit beitrug. Nach dem Abschluss seines Studiums (Rechtswissenschaft in Köln und Bonn) startete Maaßen 1991 seine berufliche Laufbahn im Bundesinnenministerium und wurde 2012 schließlich zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ernannt. Im November 2018 folgte die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, weil der Darstellung der Bundesregierung widersprach, wonach es bei rechten Demonstrationen in Chemnitz zu „Hetzjagden“ auf Migranten gekommen sei.

In der Folge trat Maaßen 2019 der „Werteunion“ bei und engagierte sich in der CDU. Doch auch hier blieb es nicht ohne Turbulenzen. Weil „Werteunion“-Chef Max Otte die Nominierung der AfD als Kandidat zur Bundespräsidentenwahl annahm, kündigte Maaßen aus Protest seinen Rücktritt aus der „Werteunion“ an. Er forderte „klare Kante“ gegen die AfD und sprach von einem „Verrat“ an den Mitgliedern der „Werteunion“. Im Januar 2023 dann die Kehrtwende: Nach dem Rücktritt Ottes wurde Maaßen zum neuen Vorsitzenden der „Werteunion“ gewählt. Weniger erfolgreich verlief 2021 seine Kandidatur für den Bundestag, wo er den Einzug über ein Direktmandat in Thüringen verpasste. Politisch setzt sich Maaßen „für die Durchsetzung christlich-demokratischer Ziele, für konservative und liberale Werte und gegen jede Art von Ökosozialismus und Gender-Wokismus“ ein. Doch selbst mit diesem liberalkonservativen Profil hat man es in der CDU heutzutage schwer. Die Kritik am „linksgrünen“ und „antideutschen“ Kurs der CDU brachte Maaßen ein Ausschlussverfahren ein, das im Juli 2023 vom Kreisparteigericht in Thüringen abgelehnt wurde.

In der aktuellen Entwicklung der Bundesrepublik sieht er einen „schleichenden Systemwechsel“, eine „völlige Umkehr des Systems“, die den Bürgern Schritt für Schritt die Freiheiten nehme. Diesen sogenannten „Ökosozialismus“ will er bekämpfen. „Wir müssen Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen“, betont Maaßen. Ob das mit der CDU gelingen wird?

Im Netz: hgmaassen.com